

Wasserprivatisierung durch TiSA?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Überlegen Sie zu zweit, welche Güter durch die Öffentlichkeit (die Gesellschaft, den Staat) zur Verfügung gestellt und welche in Privatbesitz sind.

1a. Ordnen Sie die folgenden Güter in die Tabelle (M1) ein: *Schulgebäude, Straßen, Fußgängerzonen, Einkaufspassagen, Essen und Trinken, Schulbusse, Flughäfen, Kleidung.*

1b. Finden Sie zwei weitere Beispiele für jede Spalte.

2. Lesen Sie das Gedankenexperiment M2.

2a. Diskutieren Sie das Angebot in Dreiergruppen und sammeln Sie dabei verwendete Pro- und Kontra-Argumente.

2b. Stimmen Sie abschließend in der Gesamtgruppe darüber ab, ob Sie das Angebot annehmen.

3a. Überlegen Sie, wie sich Ihre Entscheidung im Gedankenexperiment (M2) an folgenden Punkten auswirken könnte:

- Was verlangen die Anbieter nach den drei Jahren?

- Werden sich die Arbeitsbedingungen des Hausmeisters verändern?

- Was passiert, wenn in 15 Jahren wieder größere Umbauten anstehen?

- Was passiert, wenn Sie das Gebäude in fünf Jahren für einen anderen Zweck nutzen wollen?

3b. Diskutieren Sie, welche dieser und ggf. weiterer Punkte Sie bei Ihrer Entscheidung bedacht haben und welche nicht. _____

M1 Öffentliche und private Güter

Öffentliches Gut	teils / teils	Privatbesitz
.....
.....
.....
.....
.....

M2 Gedankenexperiment: Öffentliche Einrichtung

- 1 Sie finanzieren gemeinsam eine öffentliche Ein-
richtung (z. B. ein Schulgebäude). Jede_r von Ih-
nen zahlt 3 Euro pro Tag für die laufenden Kosten
für Reparaturen, den Hausmeister und die Ver-
waltung. In der nächsten Zeit muss das Gebäude
komplett umgebaut werden, um auf den neusten
technischen Stand zu kommen. Um das zu bezah-
len, müssten Sie die Kosten auf 5 Euro pro Person
und Tag erhöhen. In dieser Situation bekommen
- 10 Sie ein Angebot von einem Investment-Unter-
nehmen, das Ihnen folgendes Geschäft vorschlägt:
Das Unternehmen investiert in den nächsten drei
Jahren 4 Euro pro Tag und sie müssen nur noch
1 Euro pro Tag dazuzahlen. Das Unternehmen
übernimmt damit den größten Teil der Umbau-
kosten und stellt den Hausmeister direkt an. Dafür
gehen alle erneuerten Teile des Gebäudes und der
Einrichtung in den Besitz der Unternehmer_in-
nen über. ■

M3 Karikatur



Wasserprivatisierung – doch keine gute Idee?

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Diskutieren Sie im Plenum die Frage: »Handelt es sich bei Wasser um ein öffentliches Gut?«. Wo würden Sie es in der Tabelle M1 einordnen?
2. Bilden Sie zwei Gruppen. Erarbeiten Sie in den Gruppen jeweils einen der Texte M4 oder M5 auf Basis der bestehenden Arbeitsvorschläge.
3. Stellen Sie sich im Plenum die Ergebnisse der Gruppen wechselseitig vor.
4. Beschreiben Sie die Karikatur (M3) und interpretieren Sie diese vor dem Hintergrund Ihrer Recherchen zu TiSA und Right2Water.

M4 Stiller Poker um Wasser (...)

1 Der Westen will Milliardenmärkte öffnen, ohne dass
es einer merkt. In der abgeschotteten australischen Ver-
tretung haben sich die Emissäre getroffen, um über die
Liberalisierung von Dienstleistungen zu sprechen. Das
5 könnte Einfluss auf die Wasserversorgung haben, fürch-
ten Kritiker. Von Alexander Hagelüken

Es war so ruhig bei den Gesprächen der »wirk-
lich guten Freunde«, wie sich die Emissäre aus 50
Nationen nennen. Keine Demonstrationen, keine
Megakampagne im Netz störte bisher den Poker
um ein neues globales Abkommen, das weltweit
mehr Wettbewerb bei Dienstleistungen aller Art
erzeugen soll: Beim Verkehr ebenso wie im Ge-
sundheitssektor, bei Banken wie im Bildungsbe-
reich. Während der Massenprotest das Freihand-
delsabkommen zwischen EU und USA zu Fall
bringen könnte, war es um den Dienstleistungs-
vertrag Tisa still. Die USA, Europa und die an-
20 deren Länder tun auch was dafür: Sie treffen sich
nicht in Gebäuden der Welthandelsorganisation
in Genf wie sonst bei solchen Gesprächen, son-
dern in der abgeriegelten australischen Vertretung.
Und sie wollen die Verhandlungspapiere frühes-
35 tens fünf Jahre nach Abschluss des Vertrags an
die Öffentlichkeit lassen, wie in den »vertraulich«
markierten Papieren zu lesen ist.

Aber wird es so ruhig bleiben um Tisa, nachdem
Süddeutsche Zeitung und Wikileaks Brisantes aus
30 den geheimen Dokumenten zitieren? Klar ist, dass
die Offenlegung ein Schlaglicht auf ein Großpro-
jekt wirft, das die Weltmärkte umkrempt. Mehr
Wettbewerb bei Dienstleistungen klingt technisch.
Tatsächlich stellen Servicebranchen von IT über
35 Logistik, Beratung und sehr viel anderes drei Vier-
tel der europäischen Wirtschaftsleistung. Und drei
Viertel aller Jobs. Also den Großteil der europäi-
schen Ökonomie.

Diese Märkte sind durch das sogenannte Gats-
40 Abkommen 1994 für ausländische Anbieter geöff-
net worden, aber seitdem ist wenig passiert – auch
weil die Welthandelsrunde Doha feststeckt. Die-
sen Stillstand wollen die »wirklich guten Freun-
de von Dienstleistungen« auflösen. Dazu zählen
45 neben den USA und Europa Industriestaaten wie
Japan und Südkorea, aber auch Schwellenländer
wie Mexiko und die Türkei. Andere Interessen-
ten wie China könnten dazustoßen. Die Ziele
sind ehrgeizig: Die USA erhoffen sich von Tisa
50 eine Steigerung ihrer Exporte von Dienstleistun-
gen von 600 Milliarden Euro. Entsprechend viel
Druck machen die Amerikaner, und hier fangen
die Probleme an, ähnlich wie bei dem EU-US-
Abkommen, gegen das seit Monaten Hunderttau-
55 sende Europäer protestieren, weil sie Chlorhühn-
chen und Konzernklagen fürchten. [...]

Gegner vermuten, dass Tisa umstrittene Privati-
sierungen zementiert. In den vergangenen Jahren
wurden überall auf dem Erdball klassische staatli-
che Aufgaben wie Bildung, Gesundheit oder Was-
60 serversorgung privatisiert, wobei es öfter Proteste
gab – etwa weil die Leistungen teurer, aber nicht
besser wurden. Nun soll es bei Tisa Vorschriften
geben, die eine Wiederverstaatlichung privatisier-
ter Betriebe verbietet, behaupten Kritiker. Da-
65 für gibt es bisher keinen Beleg, allerdings sickert
durch, dass eine Sperrklausel entstehen könnte:
Hat ein Land zugestimmt, in einem Bereich wie
Gesundheit Konkurrenz zuzulassen, sollen private
70 Anbieter für immer auf dem Markt bleiben dürfen.
Das dürfte Kritiker erregen, die Liberalisierungen
als Bereicherungen von Konzernen sehen. [...]

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 20.06.2014

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie den vorliegenden Artikel »Stiller Poker um Wasser« (M4).
2. Arbeiten Sie auf Basis von M4 die wichtigsten Aspekte zum »Trade in Service Agreement« (TiSA) heraus.

3. Nutzen Sie die bekannten Informationen zu TiSA und recherchieren Sie weiterführend zu diesem Freihandelsabkommen. Entwickeln Sie auf Basis Ihrer Recherche ein Factsheet, das die bedeutendsten Eckpunkte von TiSA zusammenfasst.

M5 Streit um Wasser-Privatisierung

1 Rechte EU-Abgeordnete drängen darauf, die Wasserver-
sorgung zu privatisieren. Weil ein neuer Antrag keine
Mehrheit findet, versuchen sie es mit einem Vorstoß durch
die Hintertüre. Von Peter Riesbeck

5 Das Abstimmungsergebnis fiel auf den ersten
Blick deutlich aus. Der zuständige Umweltaus-
schuss des Europäischen Parlaments lehnte am
Dienstag einen Antrag von Christdemokraten
und Rechtskonservativen um die britischen To-
ries zur Wasserprivatisierung ab. 329 Stimmen
erhielten die Befürworter, die Gegner aus Sozial-
demokraten, Linkspartei und Grünen sammelten
368 Stimmen. Antrag abgelehnt. »Der Zugang
zu Trinkwasser ist ein universelles Menschen-
recht, das es zu schützen gilt. Wasser ist nun
einmal keine Handelsware«, erklärte die österrei-
chische Abgeordnete Karin Kadenbach von den
Sozialdemokraten.

20 Ein Sieg. Wieder mal. Aber wieder mal nur
ein Teilerfolg. Am Nachmittag gingen die Ab-
stimmungen über weitere Änderungsanträge von
rechts weiter. So sollte versucht werden, Möglich-
keiten für die Wasserprivatisierung zu schaffen,
etwa im Freihandelsabkommen TTIP mit den
USA. »Es ist höchste Zeit, dass es eine klare ge-
setzliche Grundlage gibt, die das Recht auf Wasser
verankert und die Wasserversorgung von Freihand-
elsverträgen wie TTIP oder TISA ausschließt«,
forderte der Grünen-Europaabgeordnete Claude
Turmes aus Luxemburg.

Es geht um eine schrittweise Privatisierung der
Wasserversorgung. So soll die Forderung der Eu-
ropäischen Bürgerinitiative Right2Water – Recht
auf Wasser – untergraben werden. Knapp 1,9
Millionen Unterschriften hat sie für ihren Kampf
gegen die Privatisierung der Wasserwerke und für
den von den Vereinten Nationen propagierten
freien Zugang auf Wasser gesammelt.

40 Bürgerinitiative wird bekämpft

Der Kampf von Right2Water ist lang. Ebenso
wie die Bemühungen, die Wasserprivatisierung in
Europa voranzutreiben. Der damalige EU-Bin-
nenmarktkommissar Michel Barnier legte in der
vergangenen Legislaturperiode eine sogenannte
Konzessionsrichtlinie vor. Sie sollte den Wasser-
markt liberalisieren. Es folgte eine Protestwelle,
vor allem in Deutschland und Österreich. Und die
Formierung von Right2Water. Der Protest hatte
Erfolg. Kommissar Barnier zog seinen Vorstoß vor
zwei Jahren entnervt zurück.

Der Widerstand aber ging weiter. Mit den
knapp 1,9 Millionen gesammelten Unterschriften
wurde Right2Water die erste erfolgreiche Euro-
päische Bürgerinitiative in der EU. »Damit die
Menschen neues Vertrauen in die EU-Instituti-
onen finden, müssen solche Initiativen ernstge-
nommen werden«, erklärte der Grünen-Europa-
abgeordnete Sven Giegold. Die EU-Kommission
sei »jetzt erst recht in der Pflicht, einen Vorschlag
vorzulegen, der die Forderungen der Bürgeriniti-
ative aufnimmt.«

Der große Unmut zeigt: Die Finanzkrise von
2008 hat langfristige Folgen. Viele Menschen
misstrauen dem Markt und seinen Mechanismen.
In Berlin mussten die Verbraucher erleben wie
Privatisierung wirkt: Die Wassergebühren stie-
gen, der Service wurde schlechter. Das bestätigten
selbst Gerichtsurteile.

70 Dennoch schreiten die Liberalisierungsanstren-
gungen voran – ganz offen. Dazu genügt ein Blick
nach Griechenland. Im Maßnahmenkatalog für
das dritte Hilfspaket ist enthalten: die Forderung
nach der Privatisierung der Wasserwerke. Eine
europäische Inkonsequenz. Die Bemühungen um
eine Privatisierung laufen tröpfelnd weiter. ■ Quelle:

Frankfurter Rundschau vom 08.09.2015, © alle Rechte vorbehalten, Frankfurter
Rundschau GmbH, Frankfurt

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Lesen Sie den vorliegenden Artikel »Streit um Wasser-Privatisierung« (M5).
2. Arbeiten Sie auf Basis von M5 heraus, welches Anliegen die Europäische Bürgerinitiative Right2Water verfolgt und mit welchem Vorgehen sie dies tut.

3. Nutzen Sie die bekannten Informationen zu Right2Water und recherchieren Sie weiterführend zu der Bürgerinitiative. Entwickeln Sie auf Basis Ihrer Recherche ein Factsheet, das die bedeutendsten Eckpunkte von Right2Water zusammenfasst.

ARBEITSVORSCHLÄGE

1. Bilden Sie zwei Gruppen. Teilen Sie M6 und M7 zwischen beiden Gruppen auf, und bearbeiten Sie den jeweiligen Text in folgenden Schritten:

1a. Lesen Sie die vorliegende Definition zum Begriff »Privatisierung«.

1b. Arbeiten Sie die zentralen Aspekte der jeweiligen Definition heraus. Welche Aspekte erkennen Sie aus dem Fall der Wasserprivatisierung wieder, welche sind neu?

1c. Nutzen Sie Ihre Erkenntnisse aus dem Fall der

Wasserprivatisierung und modifizieren Sie die vorliegende Definition.

1d. Bereiten Sie sich darauf vor, die ursprüngliche Definition sowie ihre Modifikationen dem Plenum kurz vorzustellen.

2. Diskutieren Sie im Plenum die folgenden Fragen:

2a. Was sind die zentralen Unterschiede zwischen beiden Definitionen und wie sind sie zu erklären?

2b. Kann es im Bereich der Politik objektive Definitionen geben und wie müsste eine solche im Falle von Privatisierung aussehen?

M6 Privatisierung

1 Umwandlung von öffentlichem Vermögen, z. B. von staatlichen Beteiligungen an Industrieunternehmen, in Privatbesitz. Auch die Umwandlung von öffentlichen Unternehmen in private Rechtsformen (AG, GmbH) gilt als erster Schritt zur Privatisierung.

Die staatliche Beteiligung an Unternehmen hat verschiedene Gründe, z. B. die Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gütern oder Dienstleistungen zu angemessenen Bedingungen sicherzustellen oder die Sicherung und Mitgestaltung des Wettbewerbs. Grundsätzlich ist jedoch bei der staatlichen Wirtschaftstätigkeit zu prüfen, ob sie nicht besser ganz Privaten überlassen werden sollte.

Privatisierung wird v. a. damit begründet, dass private Unternehmen wirtschaftlicher arbeiten und gleiche Güter und Leistungen kostengünstiger bereitstellen. Andererseits sollen mit den aus

der Privatisierung erzielten Erlösen auch Defizite in öffentlichen Haushalten verringert werden.

In Deutschland wurde v. a. in den 1980er-Jahren ein großer Teil der Bundesbeteiligungen an Industrieunternehmen wie VW, VEBA, Salzgitter oder Lufthansa ganz oder teilweise aufgegeben und privatisiert. Aber auch in den Bundesländern und auf kommunaler Ebene wurden viele öffentliche Betriebe privatisiert. Privatisierungsmaßnahmen in erheblich größerem Umfang wurden in den 1990er-Jahren im Rahmen der Umstellung der Planwirtschaft der ehemaligen DDR ergriffen. Mit dieser Aufgabe war die Treuhandanstalt betraut. Auch die teilweise Privatisierung durch die Börsengänge von Deutscher Telekom AG und Deutscher Post AG ist zu nennen. ■ Quelle: Duden Wirtschaftslexikon

Quelle: Duden Wirtschaftslexikon, © 2013 Bibliographisches Institut GmbH, Berlin

M7 Privatisierung

1 Die Privatisierung der öffentlichen Güter und Institutionen ist seit Ende der 70er Jahre integraler Bestandteil neoliberaler Politik. Zeichnete sich die erste Phase der Privatisierung durch den Totalverkauf von Staatsunternehmen an private Konzerne aus, so wurde diese Politik seit 1990 durch eine neue Form, die Öffentlich Privaten Partnerschaften (ÖPP) bzw. Public Private Partnership (PPP), ergänzt. Typischerweise werden hier insbesondere Güter zum Ausverkauf angeboten, die für ein Leben in Würde oder sogar das Überleben notwendig sind, zum Beispiel Wasser, öffentlicher Verkehr,

Bildung, Gesundheit und Sozialversicherung. Die Folgen der Privatisierungspolitik sind seit Jahren bekannt: Die Verschuldung der Kommunen wird noch weiter erhöht, Arbeitslosigkeit verschärft sich und die Preise und Gebühren für notwendige Dienstleistungen steigen enorm an. Privatisierung verschärft soziale Ungleichheit, führt zu Ausgrenzung, verhindert demokratische Mitbestimmung und schafft die Rahmenbedingungen für die Umverteilung von unten nach oben. ■ Quelle: www.attac.de/themen/oeffentliche-gueter (01.06.16)

Quelle: www.attac.de/themen/oeffentliche-gueter (01.06.16)